



KLARTEXT AUS dem Bundestag



Ausdrucken & weitergeben

Stephan Brandner

STEPHAN BRANDNER, MdB

5. Jahrgang, Ausgabe 14, 11/2021

Auf geht's in die 20. Legislaturperiode!

Arbeiten für Deutschland!

Die neue Legislaturperiode ist noch fast frisch, trotzdem heißt es seit unmittelbar nach der Wahl am 26. September: „Arbeiten für Deutschland“! Bereits in der ersten Fraktionssitzung wurde ich zum neuen zweiten Parlamentarischen Geschäftsführer und damit in den Vorstand der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag gewählt. „Meinen“ Wahlkreis 194 (Gera-Greiz-Altenburger Land) habe ich direkt mit 29,0% der Stimmen der Wahlberechtigten gewonnen. Über 48.000 Bürger im Wahlkreis gaben mir ihre Stimme und ihr Vertrauen. Für diese fulminante Unterstützung danke ich herzlich!

Stets nah am Bürger

Mir ist es wichtig, stets nah am Bürger zu sein: mit Hilfe von Wahlkreiskonferenzen will ich nicht nur die Mandatsträger in der Region vernetzen, sondern auch mit den Bürgermeistern, Ortsteil-, Stadt- und Kreisräten sowie anderen Mandatsträgern gemeinsam das Beste für unsere Region erreichen. Dabei muss, unabhängig von Parteizugehörigkeit, das Wohl unseres schönen Ostthüringens im Vordergrund stehen. Als Mitglied einer Oppositionsfraktion werde ich freilich nicht Fördermittel mit der Gießkanne über das Land streuen können. Aber ich werde, wie schon im Wahlkampf, immer für die Bürger erreichbar sein, auch durch wohl drei Abgeordnetenbüros (in Gera und den Landkreisen Greiz und Altenburger Land).

Infostände, Bürgerdialoge, Sprechstunden

Und: schon im Wahlkampf habe ich über 200 Gemeinden (von etwa 400) im Wahlkreis besucht – die restlichen rund 200 werde ich in der

nächsten Zeit auch noch kennenlernen. Mit Infoständen, Bürgerdialogen, Sprechstunden und Besuchen vor Ort werde ich mich vergewissern, dass ich stets auf der Höhe dessen bin, was relevant für Sie ist – weshalb Sie sich dafür entschieden haben, mir Ihre Stimme zu geben. Auch liegt mir am Herzen, Sie regelmäßig zu informieren. Die KLARTEXT, die sie gerade in den Händen halten, ist ein Mittel, mit dem ich Sie auf dem Laufenden über meine politische Arbeit halten werde. Hinzukommen Themenkarten zu von mir ins Parlament eingebrachten Anträgen und Gesetzentwürfen, die Sie ebenfalls in meinen Wahlkreisbüros, bei meinen Veranstaltungen, auf meinen Auftritten in den sozialen Netzwerken und auf meiner Netzseite finden können. Regelmäßig veröffentliche ich zudem Videos zu aktuellen Themen (insbesondere meine beiden Formate „5 Fragen – 5 Antworten“ und „Gute Fragen – Schlechte Antworten“) bei YouTube, Facebook und Telegram.

Wahnsinn beenden

Das ereignisreiche Jahr 2021 neigt sich nun dem Ende zu, die Tage werden kürzer, der Wind kälter und die Drohungen der Noch-Bundesregierung lauter: 3G, 2G, Lockdown und Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte – ungewisse Zeiten stehen uns bevor. Das Grundgesetz, ehemals stolz und strahlend im Mittelpunkt der deutschen Politik, dann von den Altparteien Stück für Stück ausgehöhlt und heute im Alltag leider nur noch ein Schatten seiner selbst, wird uns wohl kaum vor weiterem Polit-Wahnsinn bewahren können: das haben die vergangenen zwei Jahre bereits deutlich gezeigt. Ich werde alles in meiner Macht stehende tun, diesen Wahnsinn zu beenden – darauf können Sie sich verlassen.
Ihr/
Euer
Stephan Brandner

Spritpreisobergrenze jetzt - steigt der Rohölpreis, müssen die Steuern gesenkt werden!



mehr auf Seite 2

Schlagzeilen aus Thüringen

- Bauarbeiten: ja – Verkehrschaos: nein!
- In Geraer Tietz-Kaufhaus bald AfD-Büros?
- Krankenbesuche wichtig für Genesung

mehr auf Seite 3

Bodo Ramelow ist peinlichster Bundesratspräsident aller Zeiten



mehr auf Seite 6

Die Zeit für Merkels Drohungen ist abgelaufen!



mehr auf Seite 7

**NICHT INS ALTPAPIER!
NACH DEM LESEN WEITERGEBEN.**

Spritpreisobergrenze jetzt - steigt der Rohölpreis, müssen die Steuern gesenkt werden!

Immer mehr Menschen leiden unter den enorm hohen Benzinpreisen, die inzwischen teils die Zwei-Euro-Grenze überschritten haben: für die meisten von ihnen ist das Auto jedoch kein Luxus, sondern notwendig, um beispielsweise den Arbeitsort erreichen und Einkäufe erledigen zu können.



Stephan Brandner fordert daher, eine Spritpreisobergrenze festzulegen, deutlich unter dem vom noch amtierenden Verkehrsminister Scheuer gewünschten Wert von 2 Euro pro Liter.

Der Spritpreis, so macht Brandner deutlich, sei wie kein anderer Preis politisch beeinflussbar, denn aktuell entfielen bei einem Preis von 1,62 Euro pro Liter Super E10 allein etwa 60 Prozent auf Steuern und Abgaben. Absolut summieren sich Mehrwertsteuer, Energie- oder Mineralöl- (Ökosteuer) und der Beitrag an den Erdölbevorratungsverband (EBV) auf insgesamt rund 97,6 Cent je Liter Ottokraftstoff. Der Produktpreis selbst mache jedoch nur rund 34 Prozent des Endpreises aus.

Brandner wörtlich: „Zwar ist aktuell der hohe Rohölpreis ein Grund für die gestiegenen Benzinpreise – jedoch kassiert der Staat ordentlich ab. Damit muss Schluss sein. Wir haben kaum Einfluss auf den Rohölpreis, jedoch haben wir Einfluss auf den Anteil an Steuern, der fällig wird. Hier müssen wir ansetzen und eine Obergrenze für den Spritpreis festlegen. Steigt der Rohölpreis, müssen eben die Steuern gesenkt werden. Die Bürger haben ein Recht auf Mobilität, sie haben ein Recht darauf, an ihren Arbeitsplatz zu kommen, Einkäufe zu erledigen und auch Ausflüge zu unternehmen. Das ganz normale Leben muss für die Mitte unserer Gesellschaft finanzierbar sein. Dafür stehen wir als AfD.“

Bundesregierung hat keine Informationen zu Ortskräften – Einreisestopp sofort!

Ausweislich der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Silberhorn auf eine Anfrage Stephan Brandners, sind für das Bundesministerium der Verteidigung seit dem Jahr 2012 nachweislich ca. 1.400 Ortskräfte mit einem Arbeitsvertrag mit der Einsatzwehrverwaltung tätig gewesen. Alle vor dem Jahr 2012 erhobenen Daten seien demgegenüber fristgerecht vernichtet worden. Der Bundesregierung liege darüber hinaus aktuell keine ressortübergreifende Gesamtzahl der beschäftigten Ortskräfte vor. Stephan Brandner ist angesichts der Unkenntnis der Bundesregierung sowie des dilettantischen Vorgehens der Bundesregierung bei der Evakuierung der afghanischen Ortskräfte entsetzt und fordert die unverzügliche Beendigung der Einreise angeblicher afghanischer Ortskräfte.

Brandner wörtlich:

„Die Bundesregierung offenbarte bereits im Rahmen der ersten Evakuierungsphase, wie chaotisch und planlos sie vorgeht, als auf ihre Veranlassung laut Medienberichten rund 20 Personen aus Afghanistan nach Deutschland eingeflogen wurden, die laut deutscher Sicherheitsbehörden als "sicherheitsrelevant" galten. Hierunter befanden sich zum Teil auch Vergewaltiger und andere Straftäter, die bereits vor Jahren auf Kosten der deutschen Steuerzahler aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben worden waren und nun erneut auf eben deren Kosten reimportiert wurden. Angesichts des Umstandes, dass die Bundesregierung laut eigenen Angaben bereits mehr als 5.300 Personen aus Afghanistan evakuiert hat und auch beabsichtigt, noch weitere



sogenannte Ortskräfte aus Afghanistan aufzunehmen, sie jedoch gleichzeitig über keine ressortübergreifende Gesamtzahl der beschäftigten Ortskräfte verfügt, offenbart, dass sie ihrer chaotisch-planlosen Linie bis zum Schluss treu bleibt. Die Einreise willkürlich ausgewählter Personen, von denen niemand weiß, wer sie sind, muss sofort aufhören!“

Schluss mit der Zensur!

Wie die Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Christine Lambrecht, mitteilt, wolle sie den sozialen Netzwerken nun Zügel anlegen und diese stramm ziehen. Grundlage ihrer Forderung seien Enthüllungen einer ehemaligen Facebook-Managerin. Lambrecht meint weiter, dass in Europa dringend eine starke und wirkungsvolle Regulierung der sozialen Netzwerke gebraucht würde. Stephan Brandner widerspricht dem deutlich und zeigt auf, dass die

Pläne Lambrechts in einer umfassenden Zensur enden würden. Nichts anderes stecke hinter den Äußerungen der Ministerin.

Brandner wörtlich: „Der Bundesregierung geht es darum, regierungskritische und für die Regierenden unangenehme Meinungen zu zensieren.“



Immer wieder werden mit den Kampfbegriffen ‚Hass und Hetze‘, die uns eher aus diktatorischen Staaten bekannt sind, Einschränkungen der Meinungsfreiheit auch im Internet begründet. Für uns als AfD-Fraktion stellen jedwede Versuche der Einschränkung harte Eingriffe in den Meinungspluralismus in unserem Land dar. Deshalb fordere ich Lambrecht auf, ihre Forderungen nach noch mehr Zensur aufzugeben und die bestehenden Zensurmaßnahmen abzubauen!“

Nicht nur Wahlkampfgetöse – Brandner erhöht Druck auf Landesregierung zur Ortsumgehung Großebersdorf – Frießnitz – Burkersdorf

Bereits im September machte der jetzt direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises 194 Gera-Greiz-Altenburger Land, Stephan Brandner, mit einer Kundgebung und einer Straßensperrung auf die seit über 80 Jahren geplante und längst überfällige Umgehungsstraße für Großebersdorf – Frießnitz – Burkersdorf aufmerksam.



Die schon im Juni beim Bund angefragte Finanzierung sei sichergestellt. Es läge demnach bei der Landesregierung, die das überfällige und bereits geplante Vorhaben nicht umsetze.

Mit einer erneuten Kundgebung und Straßensperrung am 15. Oktober 2021 erhöhte Brandner den Druck auf die Landesregierung.

Brandner wörtlich: „Die betroffenen Einwohner hatten sich an mich gewandt und ich versicherte meine Unterstützung. Wir werden den Druck auf die Landesregierung, trotz schweigender Medien, erhöhen. Die Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft des Freistaats Thüringen, Susanna Karawanskij, lehnte meine Gesprächsanfrage, bei der sie mir darlegen sollte, wann die Bauarbeiten an der Ortsumgehung endlich beginnen werden, ab. Vom Präsidenten des Thüringer Landesverwaltungsamts hoffe ich bald eine Antwort auf meine längst gestellte Anfrage zum weiteren Verlauf der Dinge zu bekommen. Leider handelt nur die AfD, die Altparteien schweigen.“

Altenburg als Berufsbildungsstandort stärken!

Das Thüringer Bildungsministerium hat entschieden, dass das Berufliche Schulzentrum „Johann Friedrich Pierer“ zum Schuljahr 2022 die Klassen

Schlagzeilen aus Thüringen

für Umwelttechnik verliert. Für die Kaufleute für Büromanagement werde ein Wechselmodell eingeführt. Andere Entscheidungen stehen noch aus.

Bereits in früheren Jahren hatte der Berufsschulstandort Altenburg wichtige Ausbildungsrichtungen verloren.

Stephan Brandner macht deutlich, der Hintergrund allen Übels sei, dass sich immer weniger junge Menschen für einen Ausbildungsberuf interessieren und lieber ein Studium anstreben würden. Hier sei ein grundlegender Wechsel angezeigt.

„Es muss uns endlich gelingen, jungen Menschen und ihren Eltern zu verdeutlichen, dass nicht nur ein Studium der Schlüssel für ein gutes Leben ist. Eine Gesellschaft braucht dringend Handwerker, Kaufleute und andere Absolventen von Ausbildungsgängen. Unsere duale Ausbildung ist ein weltweiter Verkaufsschlager – nur im eigenen Land gelingt es uns nicht, die Menschen davon zu überzeugen. Wir brauchen mehr Meister statt Master und attraktive Ausbildungsbedingungen. Fallen aber Berufsschulstandorte weg und müssen Jugendliche immer längere Wege auf sich nehmen, so geschieht das Gegenteil: die Ausbildung wird noch uninteressanter und noch weniger Menschen lassen sich davon begeistern. Ein Teufelskreis. Daher ist der Wegfall von Ausbildungsgängen das vollkommen falsche Signal: wir brauchen stattdessen eine Stärkung der Berufsschulen“, so Brandner wörtlich.

Bauarbeiten: ja – Verkehrschaos: nein!

Aktuell leidet die Stadt Gera unter zahlreichen Bauarbeiten, die zu Straßensperrungen und Umleitungen führen.

Stephan Brandner bewertet die Situation als chaotisch und fragt sich, wie es zu einer derartig unkoordinierten Situation kommen könne, die für die Anwohner längst zum dauerhaften Ärgernis geworden ist.

„Die Bürger sind die sommerlichen Baumaßnahmen bereits gewöhnt: hier wird etwas ausgebeisert, dort etwas verlegt und an dritter Stelle etwas repariert oder erneuert. Das führt jedoch, grade außerhalb von Ferienzeiten, zu langen Staus und verlängerten Wegen aufgrund von Umleitungen, die ein Ärgernis sind. Natürlich sind Baumaßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes wichtig und wir als AfD unterstützen diese als Freunde des Individualverkehrs aus ganzem Herzen: aber diese dürfen nicht zu einem unüberschaubaren Verkehrschaos führen,“ merkt Brandner kritisch an.

In Geraer Tietz-Kaufhaus bald AfD-Büros?

Stephan Brandner besuchte mit der AfD-Stadtratsfraktion im Oktober, kurz nach dem gescheiterten Verkauf an die Stadt Gera, das Tietz-Kaufhaus.



Angetan von der geschichtsträchtigen Immobilie in bester Lage und den sich bietenden umfangreichen Möglichkeiten, brachte Brandner das Thema eines möglichen Kaufs des Tietz-Kaufhauses durch die Partei der Alternative für Deutschland nun bei einer Bundesvorstandssitzung ein.

„Das ehrwürdige Gebäude in der AfD-Hochburg und Gewinnerstadt Gera scheint gut geeignet für die Bundes-AfD. Die hervorragende infrastrukturelle Anbindung und die Lage in der Mitte Deutschlands macht Gera zu einem interessanten Standort für uns. Sei es als Veranstaltungsort, seien es Büroräume, das Tietz-Kaufhaus bietet aus meiner Sicht zahlreiche Möglichkeiten. Schon länger sucht die AfD nach einer geeigneten Immobilie. Nun gilt es, mit dem Eigentümer Gespräche aufzunehmen“, so Brandner wörtlich.

Krankenbesuche wichtig für Genesung

Wie die Medien berichten, hat sich das SRH-Waldklinikum in Gera entschieden, den Besucherverkehr gänzlich zu stoppen. Nur Ausnahmen seien möglich. Stephan Brandner kritisiert diese Entscheidung, da Besuche einen wichtigen Teil zur Genesung beitragen würden. „Die Isolation von Kranken ist keine Lösung. Wir befinden uns im Jahr 2021, leben seit fast zwei Jahren mit dem Covid19-Virus und müssen uns wohl oder übel daran gewöhnen, auch zukünftig damit zu leben. Wir verfügen über Tests und Impfungen und dennoch fällt den Verantwortlichen nichts anderes ein, als Besuchsverbote für Kranke zu verhängen? Das darf nicht sein. Seit Monaten wird den Bürgern immer wieder eine Rückkehr zur Normalität versprochen - in Wahrheit sind wir aber keinen Schritt weitergekommen. Das ist beschämend“, meint Brandner wörtlich.





#Brandnerunterwegs

- 20.08. mit Tino Chrupalla in Gera
- 21.08. Autokorso durch Wahlkreis 194 mit Jens Kestner
- 22.08. Familienfest in Stadtroda
- 06.09. Videodreh AfD-TV
- 07.09. Wahlkampf in Brandenburg (Henningsdorf)
- 09.09. Bratwurst (ohne Impfen!) in Schmölln
- 08.09. Podiumsdiskussion zu „Europäische Union“
- 11.09. Infostand in Gera
- 31.08. Wahlkampf in Bayern (Rosenheim)
- 16.09. Podiumsdiskussion Bauernverband in Waltershausen
- 16.09. Bürgerdialog mit Sascha Schlösser in Erfurt
- 27.08. Familienfest in Altenburg
- 29.08. Familienfest in Gotha
- 14.09. Bürgerdialog mit Andreas Mrosek in Rositz
- 04.09. Familienfest in Greiz
- 17.09. Bürgerdialog in Weida mit Torben Braga
- 21.09. Kundgebung mit Alice Weidel und A. Gauland in Gera
- 19.09. Wahlkampftour mit Uwe Thrum
- 22.09. Podiumsdiskussion IHK in Erfurt
- 25.09. Abschlussveranstaltung in Altenburg mit Sigbert Droese
- 25.09. Wahlkreistour (exemplarisch für viele)
- 23.09. Wahlkampfabschluss in Erfurt
- 20.10. Dankefeier in Gera
- 26.09. Wahlabend in Erfurt
- 15.10. Stammtisch in Gera
- 12.10. Verhandlung Bundesverfassungsgericht

Deutschland. Aber normal.

Für Klarheit und Transparenz in der Gesetzgebung: Schluss mit Omnibusgesetzen!

In der vergangenen Legislaturperiode wurden sogenannte Omnibusgesetze entgegen der bis dahin üblichen Praxis genutzt, um Fristverkürzungen zu erwirken und Anhörungen zu umgehen, beziehungsweise unpopuläre Gesetzesänderungen schlicht zu verstecken. So hat am 24. Juni 2021 der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts (19/28173) angenommen. Mit Hilfe des Gesetzes sollte eigentlich das Stiftungszivilrecht abschließend im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt werden. Durch eine im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz vorgenommene Änderung sollte plötzlich jedoch auch das Infektionsschutzgesetz unter anderem dahingehend geändert werden, dass die Geltung einer Rechtsverordnung zur Regelung der Einreise aus Risikogebieten auf bis zu ein Jahr nach der Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite verlängert werden kann – eine Änderung die mit dem Stiftungsrecht rein gar nichts zu tun hat.

Infektionsschutzgesetz und Hochwasserhilfe

Ähnliches geschah am 7. September 2021, als der Bundestag dem von den Koalitionsfraktionen initiierten 30-Milliarden-Euro-Aufbaufonds für die vom Juli-Hochwasser betroffenen Gebiete zustimmte. Innerhalb des entsprechenden Artikelgesetzes waren jedoch vier Artikel zu finden, die sich eben nicht der Fluthilfe sondern mit Neuregelungen hinsichtlich des Corona-Geschehens widmeten, darunter eine Auskunftspflicht der Mitarbeiter zu ihrem Impfstatus oder einer möglichen Genesung.

Beide Beispiele zeigen, dass sogenannte Omni-

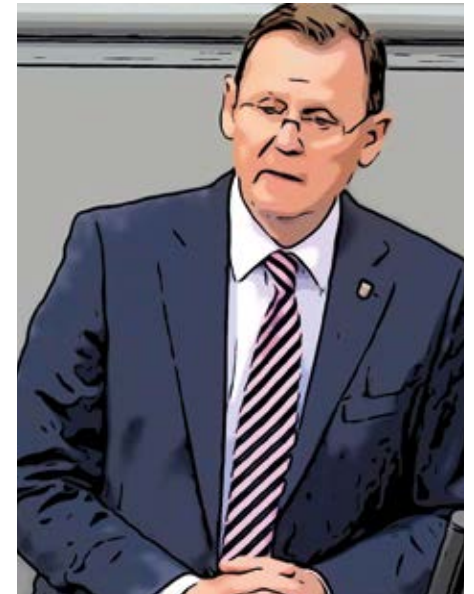
busgesetze (oder auch heterogene Artikelgesetze) in der letzten Legislaturperiode genutzt wurden, um nicht populäre Gesetzesänderungen in vollkommen sachfremden Artikelgesetzen zu verstecken. Üblicherweise werden Omnibusverfahren genutzt, um Änderungsanliegen mit einem gemeinsamen Ziel – gleich den Passagieren eines Omnibusses – einzusammeln und zur Abstimmung zu bringen. Eine von mir initiierte Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags soll nun bewirken, dass zukünftig die Verwendung von Omnibusgesetzen, die keinen integrierenden Gesamtzweck aufweisen, also kein gemeinsames Ziel verfolgen, vermieden werden muss.

Eklatanter Mangel an Transparenz

Die zentrale Kritik an insbesondere heterogenen Artikelgesetzen richtet sich auf einen eklatanten Mangel an Transparenz. Betroffen sind somit das im Rechtsstaatsprinzip sowie im Demokratieprinzip verankerte Transparenzgebot sowie die rechtsstaatlichen Gebote der Bestimmtheit und Normenklarheit und das Verkündungsgebot des Art. 82 GG. Als AfD stehen wir für Transparenz und Rechtsstaatlichkeit: daher fordere ich, dass die Zusammenführung materiell völlig verschiedener Rechtsmaterien in Artikelgesetzen zukünftig zugunsten der Vereinfachung und Praktikabilität der Gesetze vermieden wird und der Grundsatz zukünftig ist, dass ein Gesetz nur ein bestehendes Gesetz ändert bzw. streicht. Die Zusammenfassung mehrerer Gesetzesänderungen zu einem Artikelgesetz soll künftig nur möglich sein, wenn hierfür eine zwingende Notwendigkeit besteht. Zwischen den einzelnen Gesetzen muss in diesem Fall ein enger finaler Zusammenhang bestehen.

Bodo Ramelow ist peinlichster Bundesrats- präsident aller Zeiten

Anfang November übernahm Bodo Ramelow, linker Ministerpräsident von Thüringen, eines der wichtigsten Ämter, die es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, er wird Bundesratspräsident. Stephan Brandner erinnert daran, dass Bodo Ramelow überhaupt nur Ministerpräsident von Merkels Gnaden ist, da diese die Wahl eines gewählten bürgerlichen Kandidaten „rückgängig“ machte. Brandner wörtlich:



„Dass ein Mitglied der Mauerländer- und SED-Fortsetzungspartei überhaupt Ministerpräsident ist, wäre schon schlimm genug. Dass aber er, dessen engstes Umfeld extremistische Straßenschläger fördert und aus bekennenden Linksextremisten besteht, nun eines der höchsten Ämter in Deutschland bekleidet, ist unerträglich und einfach nur peinlich für unser Land.“

Horrorzahlen zur Organisierten Kriminalität – kriminelle Ausländer abschieben!

Das Bundeskriminalamt veröffentlichte jüngst eine neue Statistik zur Organisierten Kriminalität im Jahr 2020 und zeigte einen deutlichen Zusammenhang zwischen Zugewanderten, darunter fallen Asylbewerber, Schutzberechtigte, Geduldete und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt, und Kriminalität auf. Der Anteil Zugewanderter an den Verdächtigen im Bereich der Organisierten Kriminalität hat sich demnach von 2019 auf 2020 fast verdoppelt und beträgt nunmehr 13,6 Prozent. Der Anteil der Zugewanderten an der

Gesamtbevölkerung beträgt jedoch nur 2,1 Prozent. Einen deutschen Pass haben 38,9 Prozent der Tatverdächtigen – der Rest seien Ausländer mit regulärem Aufenthaltsstatus.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, merkt an, dass die AfD genau vor diesen Zuständen stets gewarnt und diese vorhergesehen hat.

„Uns wurde 2015 versprochen, es kämen nahezu ausschließlich dringend benötigte Fachkräfte ins Land. Tatsächlich sehen wir allerdings nicht erst

jetzt, dass sich zigtausende Straftäter nach Deutschland begeben haben, um hier ihr Unwesen zu treiben. Unser Land ist dadurch nicht bunter geworden, sondern krimineller und gefährlicher. Die Politik der Altparteien hat vollkommen versagt: Straftäter dürfen nicht mit Samthandschuhen angefasst werden. Als AfD fordern wir, dass Kriminelle sofort unser Land verlassen müssen. Wer sich nicht an die Regeln im Gastland hält, der hat sein Gastrecht verwirkt“, so Brandner wörtlich.

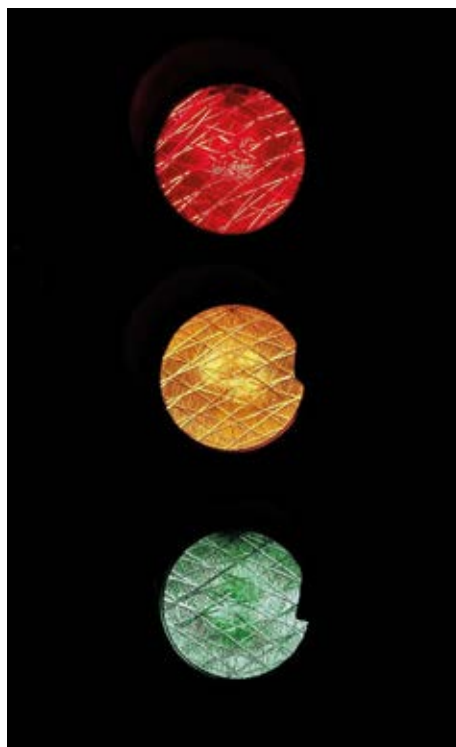
Der Ampelhorror von Berlin – oder wie Rotgrünelb das Land weiter zu Grunde richtet

Es gibt dieser Tage wenig Erfreuliches: Die sogenannten „Ampelverhandlungen“ (also das bürgerfeindliche Herumwursteln von SPD, Grünen und FDP) bereiten nicht nur mir große Sorge. Während Deutschland vor massiven Problemen – wie der neuen Masseneinwanderung über Osteuropa, den massiv gestiegenen Energiepreisen und den fortdauernden Grundrechtseinschränkungen im Tarnanzug der 2G- und 3G-Regeln – steht, beschäftigen sich die Rotgelbgrünen einzig und allein mit Posten- und Dienstwagenschacherei. Ihnen geht es vor allem darum, ob nun ein Lindner oder ein Habeck im Finanzministerium die Strippen zieht, wo man „Kanzlerkandidatin“ Baerbock hinpacken (oder endlagern?) kann, ohne dass sie weiteren Schaden anrichten kann und wie viele neue Ministerien man schaffen muss, um viele altgediente Parteisoldaten versorgen zu können. Ich nenne das erbärmlich und widerlich!

Die Sorgen und Nöte der Bevölkerung müssen zu allererst der Maßstab sein. Der Wahlkampf ist vorbei, die CDU wird sich an ihre neue Rolle in der Opposition neben der AfD gewöhnen müssen. Und am Horizont schwant Fürchterliches:

Bereits das sogenannte „Sondierungspapier“ der Ampel-Parteien hat bewiesen, dass SPD, Grüne und FDP unser Land bis zur Unkenntlichkeit

verhunzen wollen. Die Gesellschaft, die in das linksgelbgrüne Weltbild dieser drei Parteien gepresst wird, hat gar nichts mit den Werten zu tun, für die eine bürgerlich-konservative AfD steht.



Was in dem Sondierungspapier unter dem harmlos klingenden Kapitel „Freiheit und Sicherheit,

Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie“ aufgelistet ist, lässt Schlimmstes befürchten und sämtliche Warnungen der AfD wahr werden: Die Staatsangehörigkeit soll noch leichtfertiger vergeben werden, die normale Mehrheit wird für ‚woke‘ Minderheiten zurückstehen müssen. Genderwahn, Quotenregeln und die scharfe Überwachung von Andersdenkenden werden das Zusammenleben bestimmen. Das Wahlalter soll mal eben auf 16 Jahre gesenkt werden – die zukünftigen Koalitionäre hoffen offenbar auf leicht manipulierbare Jungwähler. Angesichts einer entkernten und ziellos dahintreibenden CDU ist eines klar: Einzig die AfD wird sich mit einer konsequenten bürgerlichen Oppositionspolitik diesem extremistischen und deutschlandschädlichen Kurs entgegenstellen. Und das mit ganzer Kraft für unser Land.

Seien auch Sie ein Teil des normalen Deutschlands – bitte unterstützen Sie uns! Ob beim Flugblattverteilen, an Infoständen oder einfach durch Mitteilungen an mich, wo ich wann zu Gesprächen hinkommen soll (zum Beispiel Vereinsfeiern, Familienfeste, Nachbarschaftstreffen) – egal, alles hilft unsere Heimat! Nur gemeinsam können, werden und müssen wir unser Land retten. Seien Sie dabei!

Die Zeit für Merkels Drohungen ist abgelaufen!

Noch-Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im CDU-Bundesvorstand angekündigt, dass es „starke Einschränkungen für Ungeimpfte“ geben werde. Die Einschränkungen könnten über das 2G-Modell hinausgehen, heißt es weiter.

Stephan Brandner stellt klar, dass die Deutschen sich nicht gefallen lassen müssten, sich Drohungen anzuhören, wie man es nur von einem autoritären Herrscher kenne. Derartige Drohungen seien kein Politikstil, allerdings inzwischen Merkels Art zu regieren. Die Maßnahmen, die ergriffen würden, um immer mehr Menschen zum Impfen zu bewegen, hätten längst den Charakter von Nötigungen und Schikanen: mit rationaler und ergebnisorientierter Politik habe es jedoch nichts zu tun, meint Brandner.

„Als AfD stehen wir für eine Politik der Vernunft, nicht der Panik. Angela Merkel wird nur noch

wenige Tage im Amt sein. Ihre Zeit ist abgelaufen. Dass sie dies offenbar nicht wahrhaben will und noch immer Drohungen gegen die Bevölkerung ausspricht, lässt nichts Gutes über ihren geistigen Zustand erahnen. Ich plädiere dafür, die freie Impfentscheidung in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Jeder Mensch sollte nach

fast zwei Jahren das Risiko einer Infektion mit dem Covid19-Virus kennen und selbst wissen, welche Maßnahmen er ergreifen möchte. Eigenverantwortung ist das Stichwort. Es wird Zeit, endlich den Freiheitstag durchzuführen, statt immer weitere Einschränkungen auf den Plan zu rufen“, so Brandner wörtlich.



Die verlogene FDP - Gastbeitrag Markus Roscher-Meinel

Im Bundestagswahlkampf und auch in der Zeit der Opposition gerierte sich die FDP eine Zeit lang als bürgerliche Alternative für diejenigen, die weder eine etatistische CDU wählen wollten, noch eine vom Mainstream stigmatisierte AfD: Irgendwie ein bisschen rechter als die Merkel-CDU, aber gesellschaftlich noch „ok“.

Schon 2018 überraschte die FDP, als sie wegen dem Missbrauch von Asylbescheinigungen beim Bundesamt für Migration einen Untersuchungsausschuss forderte. Man konnte sogar eine leise Kritik an den rigiden, unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung erkennen. Und auch in wirtschaftlicher Hinsicht schien die FDP im Hinblick auf die Energiewende zuweilen eine regierungskritische Haltung einzunehmen. Insbesondere aber fiel auf, dass die FDP im Gegensatz zu den anderen Parteien (außer der AfD) eine besonders klare Abgrenzung nach links einforderte und gegenüber den Grünen eine äußerst kritische Haltung einnahm. Noch am 21.09.2021, also kurz vor der Bundestagswahl, kritisierte FDP-Chef Lindner im Focus, dass sich die CDU den Grünen „opportunistisch“ genähert habe und dabei viele Inhalte preisgegeben habe. Und wörtlich: „Wir dagegen stehen in der Mitte



und für den Wert der Freiheit. Unabhängig davon, ob er Konjunktur hat oder nicht.“ Eine grüne Aufweichung der Schuldenbremse würde es mit der FDP nicht geben. In einer Presseerklärung vom 03.08.2021 nannte die FDP, bzw. deren One-Man-Show Christian Lindner, das Klimaschutz-Sofortprogramm der Grünen „ein bürokratisches Geflecht voller Verbote“. Stets wurden die Grünen als „weit ins linke Lager“ (Handelsblatt, 12.12.2019) abgerutschte, wirtschaftsfeindliche Partei bezeichnet, mit denen es kaum Schnittpunkte für eine Zusammenarbeit gebe. Die FDP stellte sich damit (die AfD ausgenommen) als schärfster Kritiker der Grünen dar. Etwas überspitzt wurde die FDP zur Bundestagswahl vom CDU-Sozialflügel und den Jusos bereits als „AfD-light“ bezeichnet. Nun ja.- Die Wahrheit: Nur wenige Tage nach der Wahl kursierte bereits ein Selfie durch die Medienlandschaft, auf dem man die Doppel-Spitze der Grünen in

Gestalt von Habeck und Baerbock zusammen mit Lindner und seinem General in die Kamera grinsen sehen konnte. Die großen Gewinner bei den Jungwählern machten mit dieser „coolen“ Darstellung auch klar, dass sie die ehemaligen, schwer angeschlagenen, Volksparteien SPD und CDU, vor sich hertreiben würden. Zu fast keinem Zeitpunkt waren mehr „liberale“ Skrupel zu spüren, einer linksdominierten Ampel-Koalition beizutreten. Die stets betonten Gemeinsamkeiten mit der CDU, die guten Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen, wo man gemeinsam mit dem nunmehr allseits demontierten Armin Laschet die Regierung stellt, sind Schall und Rauch. „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“, wie der frühere Kanzler Adenauer zu sagen pflegte. Bei der Steuer- und Finanzpolitik sowie beim Klimaschutz werden die Ampel-Koalitionäre jetzt die Quadratur des Kreises anstreben. Mit den Enteignungsfreunden Kühnert und Esken, dem Corona-Jecken Lauterbach und den äußerst kompetenten Lastenradförderern der Grünen wird der Industriestandort Deutschland sicher einen großen Schritt nach vorne machen, und zwar auf den Abgrund zu. Ob ihr deshalb gewählt worden seid, FDP? Egal, Hauptsache endlich wieder mitregieren.

Wahlperiode 19: Die Bilanz

14 Anträge, 20 Gesetzentwürfe, 159 Kleine Anfragen, 121 mündliche Anfragen, 186 schriftliche Anfragen und 58 Reden im Parlament: das ist die Bilanz von Stephan Brandner nach den ersten vier Jahren im Deutschen Bundestag. Kaum ein anderer Abgeordneter war so aktiv wie er.

„Der Auftrag der Opposition ist es, aufzuklären, zu hinterfragen und klare politische Angebote zu machen. Das habe ich getan. Und dass keiner unserer Anträge und Gesetze eine Mehrheit erzielt hat, was nun einmal das Los der Opposition ist, heißt nicht, dass wir als AfD nicht wirken.

Oftmals werden unsere Ideen umgesetzt und von den Regierenden in eigenen Initiativen dann doch mit einer Mehrheit beschlossen. Das ist erfolgreiche Oppositionspolitik durch die Hintertür“, meint Stephan Brandner.

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21 - 07545 Gera
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50
kontakt@brandner-im-bundestag.de

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Wahlkreisbüro Weimar

Brucknerstraße 15 - 99423 Weimar
Tel.: 03643 - 87 75 849
kontakt@brandner-im-bundestag.de

Öffnungszeiten:

Dienstag von 10 bis 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8 - 99610 Sömmerda
Tel.: 03634 - 69 22 888 Fax: 03634 - 69 22 889
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Donnerstag von 10 bis 17 Uhr
und nach Vereinbarung

Demnächst: Eröffnung von 2 weiteren Abgeordnetenbüros

Impressum:

Herausgeber:
Stephan Brandner
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
www.brandner-im-bundestag.de

V.i.S.d.P. Stephan Brandner
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß
Satz & Druck: Philipp Schmidt
Bildnachweis: pixabay, B.B.

www.facebook.com/stBrandner
www.twitter.com/stbrandner
www.instagram.com/stephanbrandner
www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
t.me/StephanBrandnerMdB
www.tiktok.com/@brandner_afd